

**Wahlprüfsteine der Landesrektorenkonferenz Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl am 06.09.2026**

**Antworten des Landesverbandes Sachsen-Anhalt des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)**

1. **Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre:** Welchen Stellenwert hat die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre für Ihre Partei im Kontext von Demokratie und Rechtsstaat? Wie wollen Sie die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sichern?

Für das BSW Sachsen-Anhalt ist die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre ein unverhandelbares Verfassungsgut und demokratische Grundbedingung: Wer Forschung politisch lenkt oder wirtschaftlich domestiziert, gefährdet die gesellschaftliche Erkenntnisfähigkeit insgesamt.

Wissenschaft leistet einen unverzichtbaren Beitrag für gesellschaftlichen Fortschritt, demokratische Meinungsbildung und nachhaltige Entwicklung. Damit sie dieser Aufgabe gerecht werden kann, müssen Hochschulen und Forschungseinrichtungen frei von politischer Vereinnahmung, wirtschaftlichem Konformitätsdruck und militärischer Einflussnahme bleiben.

Wir wenden uns entschieden gegen die Militarisierung von Forschung und Lehre an den Hochschulen des Landes. Wissenschaft muss dem zivilen Fortschritt, dem Gemeinwohl und dem Frieden dienen. Militärische Einflussnahme auf Forschung, etwa durch Rüstungsprojekte oder sicherheitspolitische Vorgaben, lehnen wir ab. Das BSW bekennt sich zum Recht der Hochschulen, durch Zivilklauseln eine militärische Nutzung ihrer Forschungsergebnisse und eine Einflussnahme durch den militärisch-industriellen Komplex auszuschließen.

Wir setzen uns für eine wirklich offene und freie Debattenkultur an Hochschulen und Universitäten ein. Artikel 5 des Grundgesetzes gilt uneingeschränkt – auch für kritische, unbequeme oder abseits des Mainstreams liegende wissenschaftliche Positionen. Wissenschaft lebt vom Streit um Argumente, nicht von Konformität oder politischem Druck. Die radikale These von heute ist oft die allgemein akzeptierte Erkenntnis von morgen – Wissenschaft braucht Zeit, Stabilität und Mut zum Widerspruch.

Für uns ist eine verlässliche und dauerhafte öffentliche Grundfinanzierung unverzichtbar, damit Forschungsinhalte nicht einseitig durch Drittmittelinteressen gesteuert werden und Wissenschaftler auch strukturell unabhängig denken und arbeiten können.

2. **Hochschulautonomie:** Wie weit sollte nach Einschätzung Ihrer Partei die Hochschulautonomie gehen bzw. in welchen Bereichen ist aus Ihrer Sicht eine andersartige Lenkung des Hochschulbereichs durch die Landesregierung sinnvoll? Welche Rolle sollten die Statusgruppen bei der zukünftigen Gestaltung der Hochschulen haben?

Das BSW Sachsen-Anhalt tritt für eine weitreichende Hochschulautonomie in Forschung, Lehre sowie Personal- und Finanzverwaltung ein. Hochschulen brauchen Entscheidungsfreiheit – aber auch die Ressourcen, um diese eigenverantwortlich auszuüben.

Wir wollen die institutionelle Selbstbestimmung der Hochschulen im Landeshochschulgesetz ausdrücklich festschreiben und ausbauen: durch die explizite Verankerung von Autonomierechten in Forschung, Lehre, Personal, Organisation und Finanzverwaltung sowie durch klare Grenzen ministerieller Detailsteuerung.

Gleichzeitig wollen wir die Mitbestimmung von Studierenden und Beschäftigten in allen zentralen Hochschulgremien stärken und alle Statusgruppen bei Gesetzes- und Strukturreformen beteiligen. Eine Professorenmehrheit wird den vielfältigen Aufgaben moderner Hochschulen nicht gerecht – wir streben eine paritätische Besetzung an.

3. **Bürokratieabbau:** In welchen Bereichen des Zusammenwirkens von Hochschulen und der Landesregierung/der Landesverwaltung/der Landesgesetzgebung ist ein Bürokratieabbau denkbar? Wäre in diesem Zusammenhang z. B. ein Verzicht auf Stellenpläne /Stellenübersichten sinnvoll?

Das BSW Sachsen-Anhalt tritt für einen systematischen Bürokratieabbau im Hochschulbereich ein. Unnötige Bürokratie kostet Zeit, die für Forschung und Lehre fehlt. Wir setzen uns konkret für systematische Aufgabenkritik, den Abbau redundanter Berichtspflichten und die konsequente Digitalisierung von Drittmittel- und Prüfungsverwaltung ein. Fortschritte sollen jährlich gegenüber dem Landtag dokumentiert werden. Digitale Lösungen müssen echte Entlastung bringen – nicht Papierprozesse durch digitale Bürokratie ersetzen.

Wo Stellenpläne die Hochschulen in ihrer Personal- und Strukturplanung einengen, ohne einen Mehrwert für Qualitätssicherung oder demokratische Kontrolle zu bieten, sollte auf sie verzichtet werden. Maßgeblich ist, dass Hochschulen innerhalb klar vereinbarter Budgetrahmen eigenverantwortlich entscheiden können – ministerielle Detailsteuerung ist dort zurückzudrängen, wo Hochschulen eigenständig besser entscheiden können.

4. **Unterstützung von Studierenden/Studentenwerken:** Wie steht Ihre Partei zu Forderungen einer echten BAFÖG-Reform entsprechend den Vorschlägen der HRK? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Verringerung des Armutsrisikos bei Studierenden im Allgemeinen und zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende im Besonderen? Welche Planungen haben Sie bezüglich der Unterstützung der Studentenwerke, z. B. mit Blick auf den Ausbau von Wohnheimkapazitäten, Beratungs- und Unterstützungsinstrumente sowie Kita-Plätze für Studierende?

Das BSW Sachsen-Anhalt steht für ein dauerhaft gebührenfreies Studium. Bildung ist ein öffentliches Gut – und darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Ein Studium muss unabhängig von sozialer Herkunft möglich sein. Studenten sollen sich mit voller Kraft auf ihr Studium konzentrieren: Umfangreiche Erwerbsarbeit gefährdet den Studienerfolg, erhöht die Abbruchquote und verlängert Studienzeiten.

Wir wollen das BAFÖG deutlich ausweiten und reformieren – Einkommensgrenzen und Förderhöhen müssen an die realen Lebenshaltungskosten angepasst werden: Damit die BAFÖG-Förderung wieder dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

Die Studentenwerke übernehmen zentrale Aufgaben für das soziale und wirtschaftliche Gelingen eines Studiums – von Wohnraum über Verpflegung und Beratung bis zu Kita-Plätzen. Sie müssen finanziell deutlich besser ausgestattet werden, um steigende Kosten abzufedern, Angebote auszubauen und Studierende wirksam zu unterstützen.

Wir setzen uns ausdrücklich für mehr gemeinnützig betriebene Wohnheime und bezahlbare Kita-Plätze für studierende Eltern ein. Wer in Sachsen-Anhalt einen Bachelorabschluss erworben hat, soll zudem einen garantierten Zugang zu einem Masterstudienplatz im Land erhalten, sofern er die Zugangsvoraussetzungen des jeweiligen Studiengangs erfüllt.

5. **Demografischer Wandel/Fachkräftesicherung:** Welche Ziele verfolgt Ihre Partei zur Internationalisierung der Hochschulen? Wie steht Ihre Partei zur Gewinnung internationaler Studierender und internationaler Mitarbeitender mit Blick auf voraussichtlich größer werdende Herausforderungen durch den demografischen Wandel und den daraus resultierenden Fachkräftemangel? Wie steht Ihre Partei zu Studiengebühren, insbesondere mit Blick auf Studierende z. B. aus Nicht-EU-Ländern? Welche Konzepte hat Ihre Partei, um das Land Sachsen-Anhalt als Wohn- und Arbeitsort für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für Absolventinnen und Absolventen nach dem Abschluss von Studium oder Promotion attraktiv(er) zu machen? Wie steht Ihre Partei in diesem Zusammenhang zur Unterstützung, Förderung und zum Ausbau des Landesstudienkollegs?

Sachsen-Anhalt ist von demografischem Wandel und Fachkräftemangel stärker betroffen als die meisten anderen Bundesländer. Hochschulen sind ein zentraler Hebel, um junge Menschen im Land zu halten und qualifizierte Fachkräfte anzuziehen.

Das BSW befürwortet eine aktive Internationalisierungsstrategie: Wir wollen englischsprachige Studienangebote ausbauen, internationale Partnerschaften stärken, Visaverfahren beschleunigen und ausländische Studierende von der Bewerbung bis zum Abschluss besser begleiten. Wer seinen Abschluss in Sachsen-Anhalt erwirbt, soll im Rahmen einer bedarfsorientierten Fachkräftestrategie gezielt dabei unterstützt werden, als Spezialist seines Fachs im Land zu bleiben.

Wir wollen, dass das Studium für inländische und EU-Studierende gebührenfrei bleibt. Für Studierende aus Drittländern, die nach dem Abschluss unmittelbar in ihr Heimatland zurückkehren, sind moderate Studienbeiträge denkbar. Solche Einnahmen müssen allerdings strikt zweckgebunden für die Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt werden.

Das Landesstudienkolleg mit den Standorten Halle und Köthen leistet unverzichtbare Vorbereitungsarbeit für internationale Studierende. Finanzierung und personelle Ausstattung wollen wir deutlich verbessern, um Sprachförderung, fachlichen Lückenschluss und soziale Integration verlässlich zu gewährleisten.

Für internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler muss Sachsen-Anhalt attraktiver werden: durch klare Karrierewege, unbefristete Stellen, verlässliche Qualifikationsphasen, tarifgebundene Arbeitsverträge, lebenswerte Hochschulstandorte und bezahlbares Wohnen – damit Forschungsteams langfristig aufgebaut und gesichert werden können.

6. **Wissenschaftliche Karrierewege:** Welchen Handlungsbedarf sieht Ihre Partei hinsichtlich der Erhöhung der Attraktivität und der Durchlässigkeit wissenschaftlicher Karrierewege, und wie wollen Sie die Hochschulen bei der Umsetzung entsprechender Schritte unterstützen?

Der wissenschaftliche Nachwuchs leidet unter Kettenbefristungen, Teilzeitstellen und fehlenden Perspektiven. Befristete Beschäftigung gefährdet die Unabhängigkeit, Kontinuität und kritische Selbstkontrolle der Wissenschaft. Gute Wissenschaft braucht planbare Karrierewege, transparente Berufungsverfahren und verlässliche Beschäftigungsverhältnisse.

Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen zum Regelfall werden. Qualifikationsstellen sollen eine Mindestlaufzeit von drei Jahren haben – Qualifikationsphasen dürfen nicht zur dauerhaften Prekarisierung missbraucht werden.

Wir wollen den hohen Anteil befristeter Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau deutlich reduzieren. Prekäre Arbeitsbedingungen schaffen Abhängigkeiten, behindern wissenschaftliche Freiheit und führen dazu, dass Lebensentscheidungen wie Familiengründung aufgeschoben oder aufgegeben werden. Wir setzen uns daher für tarifgebundene Arbeitsverträge für alle Beschäftigtengruppen ein. Arbeitsverhältnisse sollen grundsätzlich in Vollzeit ausgestaltet sein – Teilzeit nur auf ausdrücklichen Wunsch der Beschäftigten.

Für studentische Beschäftigte fordern wir eine landesweite tarifvertragliche Regelung mit fairer Bezahlung und klaren Rechten. Sachsen-Anhalt muss Vorreiter für faire Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft werden, um junge Forscher zu halten und langfristig zu binden.

7. **Grundlagenforschung/Exzellenzwettbewerb:** Welche Bedeutung hat aus der Sicht Ihrer Partei eine ausschließlich dem wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt gewidmete Grundlagenforschung? Auf welche Weise sollte diese gefördert werden? Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei bezüglich der Unterstützung der Universitäten in den Exzellenzwettbewerben?

Grundlagenforschung ist kein Luxus – sie ist die Basis aller angewandten Innovation und ein öffentliches Gut. Das BSW Sachsen-Anhalt setzt auf eine auskömmliche, planbare staatliche Grundfinanzierung als ihren wichtigsten Schutz. Forschung und Lehre dürfen nicht kurzfristigen Verwertungsinteressen oder Steuerungslogiken ausgesetzt werden; Drittmittel dürfen nicht zur Voraussetzung des regulären Forschungsbetriebs werden.

Wir wollen die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina enger in die Hochschullandschaft Sachsen-Anhalts einbinden. Soweit es durch Landespolitik unterstützt werden kann, setzen wir uns für eine institutionalisierte Zusammenarbeit in Forschung, Lehre und wissenschaftlichem Austausch sowie die gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten, Infrastruktur und Ressourcen ein. Damit erreichen wir Synergien, die die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit des Standorts Sachsen-Anhalt insgesamt stärken.

Bewerbungen der sachsen-anhaltinischen Universitäten in Exzellenzwettbewerben unterstützen wir ausdrücklich – sie dürfen jedoch nicht zulasten der Grundfinanzierung gehen. Qualität entsteht nicht allein durch Wettbewerb um Mittel, sondern braucht stabile Strukturen als Fundament.

8. **Angewandte Forschung, Transfer und Existenzgründung:** Auf welche Weise sollen zukünftig angewandte Forschung an den Hochschulen und Existenzgründung aus den Hochschulen heraus gefördert werden? Auf welche Weise sollen die Hochschulen bei Aufgaben des Transfers unterstützt werden?

Das BSW Sachsen-Anhalt will angewandte Forschung, Wissenstransfer und Ausgründungen strukturell stärken. Sachsen-Anhalt verfügt mit seinem Chemiestandort, der Landwirtschaft und der entstehenden Lithiumwirtschaft über konkrete regionale Transferfelder, die gezielter mit der Hochschulforschung verknüpft werden müssen.

Wir setzen auf dauerhaft finanzierte Transferzentren, vereinfachte Kooperationsverträge für KMU, Innovationsgutscheine für kleine und mittlere Unternehmen ohne eigene Forschungsabteilung sowie einen vereinfachten Zugang zu Landes- und EU-Mitteln für Spin-offs.

Unsere Grundbedingung bleibt: Kooperationen mit Wirtschaft und Gesellschaft dürfen die inhaltliche Unabhängigkeit von Forschung und Lehre nicht beeinträchtigen. Eine Ausrichtung auf Rüstungs- oder Militärforschung schließen wir aus.

9. **Gleichstellung und Chancengerechtigkeit:** Welche Überlegungen gibt es hinsichtlich der Einhaltung von europäischen und bundesweiten Standards bzgl. Gleichstellung und Chancengerechtigkeit, auch mit Blick auf erfolgreiche Drittmittelinwerbungen? Welche Maßnahmen planen Sie, um die Hochschulen bei der Erhöhung des Frauenanteils in der Wissenschaft zu unterstützen?

Für das BSW Sachsen-Anhalt ist Gleichstellung eine Querschnittsaufgabe und ein verfassungsrechtlicher Auftrag auf Grundlage von Artikel 3 des Grundgesetzes. Hochschulen tragen dabei eine besondere Verantwortung, faire Zugangs-, Arbeits- und Entwicklungschancen zu gewährleisten und bestehende strukturelle Benachteiligungen abzubauen. Gleichzeitig sollte Gleichstellungspolitik an Hochschulen nicht auf formale Vorgaben oder Symbolpolitik reduziert werden, sondern sich an den tatsächlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen von Studierenden und Beschäftigten orientieren.

Der entscheidende strukturelle Beitrag zur Gleichstellung sind planbare Karrierewege: Wer Frauen in der Wissenschaft halten will, muss Kettenbefristungen beenden, Vollzeitstellen zur Regel machen, eine verlässliche Kinderbetreuung sicherstellen und transparente Berufungsverfahren gewährleisten.

Europäische und bundesweite Standards zu Gleichstellung und Chancengerechtigkeit sind einzuhalten. Dies gilt auch mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen bei der Einwerbung von Drittmitteln, da Förderverfahren zunehmend nachvollziehbare Konzepte zur

Chancengleichheit, Familienfreundlichkeit und Personalentwicklung berücksichtigen. Unser Ansatz ist dabei, Hochschulen bei der Umsetzung solcher Anforderungen zu unterstützen, ohne zusätzliche Bürokratie oder ideologische Vorgaben aufzubauen.

**10. IT-Sicherheit, Krisen- und Notfallmanagement:** Welche Unterstützung soll es zukünftig für zusätzliche Herausforderungen wie z. B. im Zusammenhang mit IT-Sicherheit oder der Vorbereitung auf Krisen und Notfälle geben?

IT-Sicherheit und Krisenresilienz sind zentrale Zukunftsaufgaben auch für die Hochschulen Sachsen-Anhalts. Digitale Infrastruktur muss dauerhaft und verlässlich finanziert werden – nicht über zeitlich begrenzte Projektförderung, die regelmäßig Lücken hinterlässt. Hochschulen brauchen dauerhafte IT-Fachkräfte, stabile Netzinfrastruktur und klare Notfallpläne.

Das Land muss dabei seinen Teil beitragen: Das geltende Katastrophenschutzgesetz wird den heutigen Gefahrenlagen – von Extremwetterereignissen über langanhaltende Infrastrukturausfälle bis hin zu Pandemien oder hybriden Bedrohungen – nicht mehr gerecht und muss dringend überarbeitet werden, ausdrücklich auch mit Blick auf die Hochschulen als Teil ziviler Infrastruktur. IT-Sicherheitskompetenzen und Datenschutz müssen als Querschnittsthemen in Studium und Hochschulbetrieb verankert werden.

**11. Bau- und Sanierungsbedarfe:** Welche Konzepte hat Ihre Partei im Hinblick auf Bau- und Sanierungsbedarfe (auch vor dem Hintergrund von Nachhaltigkeit, CO<sub>2</sub>-Vermeidung und Inklusion/Barrierefreiheit)?

Der Investitionsstau an den Hochschulen Sachsen-Anhalts ist erheblich: Sanierungsrückstände bei Gebäuden, Laboren und digitaler Infrastruktur gefährden Lehre und Forschung unmittelbar. Das BSW fordert einen Hochschulbaufonds im Landeshaushalt – verbunden mit einer systematischen Bestandsaufnahme und bedarfsgerechter Prioritätensetzung.

Energetische Sanierungen sollen mit konkreten Effizienzzielen verknüpft werden, um Betriebskosten dauerhaft zu senken. Klimaschutz und Barrierefreiheit sind als Qualitätsziele zu verankern, dürfen aber nicht zu Kostenexzessen führen. Hochschulen sollen Vorbilder für Nachhaltigkeit sein – durch Gebäudesanierung, erneuerbare Energien, Speichertechnologien und ressourcenschonenden Betrieb.

An den Universitätskliniken Halle und Magdeburg sind Bauvorhaben mit einem Volumen von rund zwei Milliarden Euro geplant. Die langfristige Finanzierung ist jedoch nicht gesichert und soll teilweise über zusätzliche Kreditbelastungen der Kliniken erfolgen – ein Modell, das angesichts bereits bestehender Defizite nicht tragfähig ist. Diese Infrastruktur-Investitionen müssen realistisch finanziert und transparent geplant werden, ohne die wirtschaftliche Stabilität der Kliniken weiter zu gefährden.

12. **Lehrkräftebildung/Medizinausbildung/Gesundheitsberufe:** Welche Maßnahmen planen Sie im Bereich der Lehrkräftebildung? Welche Maßnahmen planen Sie im Bereich der Medizinausbildung und der Ausbildung von Gesundheitsberufen?

**Lehrkräftebildung:** Sachsen-Anhalt braucht beide Ausbildungsstandorte – Magdeburg und Halle-Wittenberg. Das stärker praxisintegrierte Lehramtsstudium an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg hat sich bewährt und sollte konsequent weiterentwickelt werden. Das Lehramtsstudium an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg steht für eine fundierte wissenschaftliche Ausbildung auf hohem Niveau. Wir wollen den Praxisbezug landesweit ausbauen und zugleich eine exzellente wissenschaftliche Qualifizierung zukünftiger Lehrkräfte sichern. Zwei leistungsfähige Ausbildungsstandorte sind für ein Flächenland wie Sachsen-Anhalt unverzichtbar, um regionale Bedarfe zu decken, Abwanderung zu verhindern und die Versorgung insbesondere des ländlichen Raums sicherzustellen.

Wir wollen, dass mehr junge Menschen in Sachsen-Anhalt auf Lehramt studieren und nach dem Abschluss im Land bleiben. Dafür brauchen wir mehr Studienplätze – insbesondere für Grundschule und Förderpädagogik, weiterhin eine verlässliche Verbeamtung und transparente Karriereperspektiven, bessere Qualifizierung für Seiteneinsteiger sowie Studienfinanzierung und Stipendien als Bleibeanreiz.

**Medizinausbildung:** Die organisatorisch-rechtliche Verselbständigung der Universitätskliniken muss beendet werden; Forschung, Lehre und Krankenversorgung gehören zusammen. Die Zahl der Studienplätze in der Humanmedizin und insbesondere der Zahnmedizin wollen wir erhöhen – Sachsen-Anhalt bildet derzeit zu wenige Ärzte und Zahnärzte aus, um den eigenen Bedarf langfristig zu decken. Mehr Studienplätze sind für uns ein entscheidender Beitrag zur Sicherung der medizinischen Versorgung – vor allem im ländlichen Raum.

#### **Gesundheitsberufe:**

Die zunehmende Akademisierung von Gesundheitsberufen wie Pflege, Physiotherapie oder Hebammenwesen muss kritisch überprüft werden. Akademische Qualifikationen können sinnvoll sein, dürfen aber bewährte Ausbildungswege nicht verdrängen – zumal Studierende in diesen Bereichen in der Regel keine Ausbildungsvergütung erhalten. Wer qualifizierte Fachkräfte will, darf Studium nicht zur sozialen Hürde machen.

13. **Hochschulsystem:** Gibt es für die Zeit nach Ablauf der Zielvereinbarungsperiode 2025-2029 Überlegungen Ihrer Partei zur Weiterentwicklung der Hochschulstruktur? Planen Sie eine Novellierung des Hochschulgesetzes? Falls ja, welche maßgeblichen Änderungen planen Sie? Planen Sie weitere Änderungen im Hochschulsystem, die durch die Fragen nicht abgedeckt sind?

Sachsen-Anhalt verfügt über eine vielfältige und leistungsfähige Hochschullandschaft: die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften Anhalt, Harz, Magdeburg-Stendal und Merseburg, die Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle, die Theologische

Hochschule Friedensau sowie die Evangelische Hochschule für Kirchenmusik Halle. Diese Vielfalt ist eine Stärke, keine Ineffizienz. Das BSW lehnt staatlich verordnete Strukturreformen und Fusionen ab – Kooperationen und Profilbildung sind nur sinnvoll, wenn sie von den Hochschulen selbst gewollt werden.

Die Mittel aus dem Bund-Länder-Zukunftsvertrag ‚Studium und Lehre stärken‘ müssen vollständig und dauerhaft in die Grundfinanzierung der Hochschulen überführt werden. Sie dürfen nicht projektbezogen oder befristet eingesetzt werden, sondern müssen dauerhaft zur strukturellen Stärkung von Personal, Lehre und Infrastruktur beitragen. Tarifaufwüchse im öffentlichen Dienst müssen vom Land vollständig ausgeglichen werden.

Wir wollen das Hochschulgesetz Sachsen-Anhalts novellieren, um Autonomierechte in Forschung, Lehre, Personal und Finanzverwaltung ausdrücklich zu verankern und die paritätische Mitbestimmung aller Statusgruppen gesetzlich abzusichern. Zivilklauseln wollen wir rechtlich verankern, um sicherzustellen, dass Forschung und Lehre vorrangig zivilen und friedlichen Zwecken dienen.

Nachbesserungsbedarf besteht vor allem bei den Karrierewegen des akademischen Mittelbaus – Kettenbefristungen müssen beendet, Dauerstellen für Daueraufgaben zum Regelfall werden. Reformbedarf besteht zudem beim Hochschulbaurecht, beim Personalrecht der Studentenwerke und bei den Mitbestimmungsrechten aller Statusgruppen.